AußenwirtschaftsNews – China

09/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Wirtschaftliche Lage

- Im internationalen Vergleich wächst die chinesische Wirtschaft auch im Jahr 2026 weiterhin zügig, vor allem der Binnenmarkt bremst die konjunkturelle Dynamik aber zunehmend ein.
- Der Einzelhandelsumsatz lag im August 2026 lediglich um 0,4 Prozent höher als im August des Vorjahres. Im gesamten Zeitraum von Januar bis August 2026 lag das Plus bei lediglich 1,1 Prozent. Verantwortlich für das langsame Wachstum sind, unter anderem, rückläufige Verkäufe von Kraftfahrzeugen. Im Zeitraum von Januar bis August gingen diese um 13,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Betrachtet man nur den August, lag das Minus sogar bei 18,5 Prozent.
- Während der Einzelhandel immerhin noch langsam wächst, entwickeln sich die Investitionen in China weiter klar rückläufig. Gegenüber dem Vorjahr lagen diese in den ersten acht Monaten des Jahres 2026 um 7,2 Prozent niedriger. Das mit Abstand stärkste Minus verzeichnete zwar erneut der Immobiliensektor (-19,9 Prozent), aber auch die Investitionen in die Industrie (-2,3 Prozent) und die Infrastruktur (-4,0 Prozent) waren im laufenden Jahr rückläufig.
- Trotz rückläufiger Investitionen steigt die industrielle Wertschöpfung in China weiter an. Gegenüber dem Vorjahr lag sie im August um 6,1 Prozent höher. Im gesamten Zeitraum von Januar bis August lag das Plus bei 5,7 Prozent. Besonders hohe Wachstumsraten verzeichneten im laufenden Jahr die Elektronikindustrie (+15,7 Prozent) und der Sonstige Fahrzeugbau (+12,8 Prozent).
- Die Industrie kann sich der schwächelnden inländischen Nachfrage demnach entziehen und stützt das Wachstum der chinesischen Wirtschaft.
- Möglich machen dies stark steigende Exporte. Im August lagen sie um 18,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Im gesamten Zeitraum der ersten acht Monate lag das Plus bei 14,6 Prozent.

2 Vergaberecht

Die EU-Kommission plant eine Reform des Vergaberechts. Der am 09. September 2026 vorgeschlagene Public Procurement Act sieht vor, dass öffentliche Stellen Aufträge künftig stärker nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis statt allein nach dem niedrigsten Preis vergeben. Sie sollen dabei Qualitäts-, Umwelt-, Sozial-, Sicherheits- und Resilienzkriterien verbindlich berücksichtigen. Zudem könnten europäische Anbieter unter bestimmten Voraussetzungen bevorzugt und Unternehmen aus Ländern, die europäischen Unternehmen keinen gleichwertigen Marktzugang zu ihrem Beschaffungsmarkt gewähren, ausgeschlossen werden. In der Praxis würde die Reform besonders chinesische Anbieter treffen, weil sie häufig der günstigste Anbieter sind und der öffentliche Beschaffungsmarkt Chinas nach wie vor in vielen Wirtschaftszweigen ausländischen Unternehmen keinen gleichwertigen Zugang gewährt.

3 Industriepolitik

- Die deutsche Bundesregierung plant ein umfassendes Maßnahmenpaket, um gegen Handelsungleichgewichte mit China vorzugehen. Zu den möglichen Maßnahmen gehören unter anderem neue Zölle, verpflichtende Joint Ventures, strengere Kontrollen bei Inbound- und Outbound-Investitionen sowie schärfere Exportkontrollen. Die Bundesregierung will das Maßnahmenpaket möglichst am 14. Oktober im Kabinett beschließen und anschließend Unterstützung auf europäischer Ebene gewinnen (Quelle: Bloomberg).
- In ihrer Rede zur Lage der EU bekräftigte Ursula von der Leyen die bekannte Kritik an Chinas Überkapazitäten, dem wachsenden Handelsdefizit und der zunehmenden Abhängigkeit Europas. Die EU setzt zunächst weiterhin auf Verhandlungen mit Peking. Falls diese aber scheitern, wird die EU alle ihr verfügbaren Instrumente nutzen, um das Handelsungleichgewicht auszugleichen. Gleichzeitig sollen Lieferketten und die Versorgung mit kritischen Rohstoffen, bei denen Europa stark von China abhängig ist, durch gemeinsame Beschaffung und Vorratsbildung unabhängiger gemacht werden. Dafür ist eine European Corporation on Raw Materials geplant.
- Die Regierungschefs der drei größten fahrzeugproduzierenden Bundesländer verlangen einen strengeren Kurs gegenüber China. In einem gemeinsamen Positionspapier, das sich an die Bundesregierung und die Europäische Union richtet, unterstützen Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen die Prüfung von Ausgleichszöllen auf chinesische Plug-in-Hybridfahrzeuge.

4 Handelspolitik

- Die EU-Kommission hat am 18. September 2026 vorläufige Safeguards gegen Einfuhren von kornorientiertem Elektrostahl (GOES) verhängt. Dieser Stahl wird in elektrischen

Geräten wie Leistungstransformatoren verwendet, die die Übertragung von Strom über große Entfernungen ermöglichen. Die Schutzmaßnahmen setzen sich aus Zollkontingenten und Preisschwellen zusammen. Ihr Geltungsbereich umfasst neben kornorientiertem Elektrostahl auch Lamellen und Kerne, die durch die Weiterverarbeitung von GOES gewonnen werden und für den Einbau in Leistungstransformatoren bestimmt sind. Darüber hinaus gelten die Safeguards auch für Kerne, die bereits in Transformatoren eingebaut sind. Damit wird erstmals eine komplette Wertschöpfungskette erfasst. Die vorläufigen Maßnahmen sollen eine strategische EU-Industrie schützen, die aufgrund globaler Überkapazitäten und Handelsumlenkungen, unter anderem verursacht durch China, unter starkem Importdruck steht.

– Anlässlich des Besuchs des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in den USA hat die US-Regierung US-Zusatzzölle auf chinesische Einfuhren vorerst um zwei Monate bis zum 10. Januar ausgesetzt. Damit wurde das sogenannte Busan-Abkommen verlängert. Im südkoreanischen Busan hatten Präsident Donald Trump und Xi vergangenen Oktober ein Aussetzen hoher US-Zusatzzölle sowie ein Aussetzen bestimmter chinesischer Exportkontrollen für Seltene Erden beschlossen. Wäre die Einigung ausgelaufen, hätte China auch seine Exportkontrollen wieder eingeführt (Quelle: Handelsblatt).

5 Position

Die vbw fordert in ihrer neuen Position *Für Wettbewerb und ein Level Playing Field mit China* eine mehrgleisige Strategie gegenüber der Volksrepublik. Um dem fairen Wettbewerb auch weiterhin gewachsen zu sein, brauchen wir Standortreformen. Wir müssen Arbeits- und Energiekosten sowie Steuer- und Bürokratielasten dingend absenken. Bestehende Hürden im EU-Binnenmarkt müssen abgebaut werden, damit sein Potenzial voll ausgeschöpft werden kann. Indem wir unsere Absatz- und Beschaffungsmärkte diversifizieren, können wir Abhängigkeiten verringen. Unfairen Handelspraktiken müssen wir gezielt mit Ausgleichszöllen begegnen.

Ansprechpartner

Tatjana Vargas
Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442
tatjana.vargas@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin
Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
Elias.kerperin@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.